

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Raben- & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dr. W. G. Schmidt, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.75 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.25 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7spaltige Komposition 60 Pf., davon 40 Prozent Anzeigenpreis, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vergeblichen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Brückensicherung 20 Pf.

Nr. 112a.

Dresden, Sonntag den 18. Mai 1919.

30. Jahrg.

Keine Einberufung des Rätekongresses?

Zentralrat und Friedensverhandlungen.

Berlin, 17. Mai. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (gekennzeichnet) läßt folgende Mitteilung ergehen:

Der Aktionsausschuß des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik hat sich in verschiedenen Sitzungen mit den Friedensverhandlungen beschäftigt. Er ist mit dem ganzen deutschen Volke darin einig, daß sie eine unerhörte Härte bedeuten und in ihrer gegenwärtigen Form unerfüllbar sind. Den Antrag des Berliner Vollzugsrates, einen Rätekongress einzuberufen, hat der Zentralrat ablehnen müssen. Er glaubt nicht, daß die Einberufung eines Rätekongresses im Augenblick zweckmäßig wäre. Er hat indes die Absicht, demnächst eine Vollversammlung des gesamten Zentralrates einzuberufen, damit dieser Stellungnahme zu den Friedensbedingungen und die Frage der Einberufung eines Rätekongresses endgültig entscheiden kann.

Entente- und Friedensvertrag.

Die Schwierigkeiten der Ententeregierungen bei der Durchführung des Friedensvertrages wachen. Der Widerstand, den sie von den eigenen Arbeitermassen erfahren, wird immer stärker und allgemeiner. Ob die Art, wie die Regierungen verfahren, die Wege zu befruchtlichen, auf die Dauer von Erfolg bleiben wird, ist sehr fraglich. Wie über Genf gemeldet wird, wurden die zwischen den französischen und amerikanischen Sozialisten getauschten Telegramme über den Friedensvertrag in Frankreich konfisziert. Ferner wird gemeldet, daß am Montag ein in Wien beobachteter Generalstreik durch militärische Gegenmaßnahmen verhindert wurde. Das Gleiche ist in Italien zu beobachten. Freilich ist bei der Betrachtung der italienischen Stellungnahme zum Friedensvertrag zu beachten, daß es nicht nur der sozialistische Teil der Arbeiterklasse ist, dessen höchste Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt, daß sich vielmehr Millionen auch in seinen imperialistischen Interessen durch den Frieden benachteiligt glaubt, eine Tatsache, die für die deutschen und sozialistischen Interessen nur von zweifelhaftem Wert ist.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Entwicklung der öffentlichen Meinung in den Ententeländern sich günstiger für uns gestaltet. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die französische Regierung wegen der Verhältnisse des Friedensvertrages zu verhandeln, wenn sie die Folgen nicht richtig einschätzt, die ihr aus dem Bekanntwerden der ganzen Brutalität dieses Vertrages im eigenen Lande entstehen können. Es kann auch mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß einsichtige Kreise in der französischen Staatsleitung bald einen Ausweg, den einzigen wohl aus dem Dilemma, darin erblickt, mit Deutschland gütlicher zu verfahren. In Anbetracht dieser Vorgänge, die alle noch im Werden sind, wird der Streit um die Zeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages etwas hintergestellt, schon darum, als die Ereignisse der nächsten Wochen die Gewissheiten von heute zu Wahrscheinlichkeiten von morgen, und die Wahrscheinlichkeiten von morgen zu Unwahrscheinlichkeiten von übermorgen werden lassen. Die Verbandsmächte befinden sich gegenüber den Klassen ihrer Länder in der gleichen Lage wie Deutschland gegenüber Rußland vor der Unterzeichnung des Prestier-Vertrages. Sie müssen auf zwei Achsen Wasser tragen. Bei jeder einseitigen Entscheidung droht sie entweder die sozialistische oder die nationalistische Flut zu überdemen. Das Resultat ist heute noch der Gewaltfrieden, dürfte in aller nächster Zeit ein mögliches Komromiß werden, und mit einiger Hoffnung läßt sich sagen, daß die Entwicklung über den zweifelhaften Sieg und der sozialistische Widerstand der Arbeitermassen stark genug sein werden, um den Frieden zu einem erträglichen und für Deutschland annehmbaren zu gestalten. Diese Entwicklung muß abgewartet werden, die Zwischengzeit kann durch Proteste und Verhandlungen ausgefüllt werden; bis dahin dürfte es klug sein, das letzte Wort, das entscheidende über Krieg und Frieden, nicht auszusprechen. Die Erhebung des Proletariats der Entente hat seine eigenen Bedingungen, sie wird sich, wenigstens von unserer Seite aus, wohl fördern, aber nicht erzwingen lassen; vor allem aber muß beachtet werden, daß der Appell an die ausländischen Genossen des nationalistischen Begehrens im Entente, der ihm durch bürgerliche Missionen in den deutschen Lager verliehen wird. Es besteht sonst die Gefahr, daß der Versuch der deutschen Nationalisten unsere sozialistischen Genossen kompromittiert und sie im Kampfe gegen das System Clemenceau in nicht zu unterschätzende Verlegenheiten bringt. Die Reduktionierung Frankreichs wie Englands ist nach diesem Weltkrieg unumgänglich. Aber sie hat ihre

eigenen Befehle und Hemmungen, die wir nicht beheben können.

Stallens Verfassung.

Kaiserlauter, 17. Mai. Der Pariser Vertreter des Telegrafen erfährt von unterrichteter Seite, daß die Frage von Rom nunmehr so geregelt worden ist, daß die Stadt Italien gegeben wird, welches durch einen Staatsvertrag die Benutzung des Hafens den Südländern überläßt.

So beruhigend diese Meldung klingt, so steht doch fest, daß das harmonische Verhältnis zwischen Italien und den übrigen Ententestaaten einen Mißtritt erlitten hat. Sehr zutreffend bemerkt unser Münchner Parteiorgan:

Das äußerste Wilson als christlicher Heiliger, dem der Ballent gleichgültig, die Operation alles ist, hat Italien tief verstimmt. Die wirtschaftlichen Momente, um deren Willen Wilson mit dem italienischen Kaiser zusammenhängende rein italienische Stadt (erst der über den Park stehende Hof ist kroatisch und heißt bezeichnend Petrus Urana, kroatisches Tor) den Jugoslawen zu sprechen will, erscheinen hinlänglich, wenn man bedenkt, daß Italien's Gesamtmarkt anderthalb Millionen Tennen beträgt, während die übrigen jugoslawischen Stapelplätze nach den statistischen Daten des Jahres 1913 einen Güterverkehr von 125 Millionen Tennen aufweisen. Ähnliche Gründe konnte Wilson für seine eigenmächtige Entscheidung nicht anführen, es ist aber anzunehmen, daß er sie nicht beachtet hätte, auch wenn sie bestanden; hat er uns Deutschen doch klar gezeigt, wie er sich seine völkerverwundlichen Grundzüge durchzusetzen verheißt.

Italien verteidigt in der Welt eine der Menschheit geerbte Kultur, nicht anders als das deutsche Volk seine Kulturstätten im alten Deutschland, in Belgien und in Schied. Dem amerikanischen Chirurgen mag das gleich sein, uns Europäern greift seine heile und harte Methode ans Herz und röhrt uns im Innersten auf. Ohne Clemenceau würde Frankreich gegen die von Wilson betriebene Umwandlung seiner „Grundzüge“ in den Chor der Entente, der nach Versailles hinüberströmt, ebenso heftig einstimmen, wie das italienische Volk, der zu Stein gewordenen Welt hat aber an seiner Seite nicht einen wütenden Nationalistenschrei die — Maschinenwelle. — Heute noch! Der Tag kann aber nicht fern sein, an dem auch Frankreich die Miffel hat, die man ihm als den wahren, dauernden Frieden anbreitet, erkennen und zumachen wird. Das ist kein Friede, sagt einstimmig die italienische Presse, sondern eine Völkermaschine, die neue Not und neue Kriege gebären wird, wenn die Völker das Wort ihrer in Selbstverdunstung und Ansehens erlöschenden Staatsmänner nicht so bald wie möglich in Trümmerschlagen.

Die Scheu vor der Sozialisierung.

Wie über den Haag aus London gemeldet wird, hat die Versammlung des Verbandes der Maschinen- und Schiffbauer, die vorgestern in Cardiff tagte, die Sozialisierungsvorschläge der Regierung, die den Arbeitern die Schiffbauwerkstätten unter Verwahrung von Staatsbeihilfen überlassen will, abgelehnt.

Aber zeigt sich, daß die kindlichen Experimente Sowjetrußlands in England gerade die gegenwärtige Wirkung von dem ausüben, die sie beabsichtigen. Das bühliche Mißlingen der Sozialisierung in Dentsch und Bogen wirkt in einem Maße abstrahierend, daß mit Recht behauptet werden kann, daß der Völkerverwundnis dem Sozialismus nur die Bahn verlegt.

Stimmen der Vernunft.

Berlin, 17. Mai. Die englische Presse übernimmt folgende amerikanische Pressestimmen über die Friedensbedingungen: New York Sun schreibt, man sollte sich fragen, ob die Befragung sich auch auf das unerschütterliche Geschlecht erstrecken dürfte. Die Behre, die Säule der Väter an den Kindern heimgelunden, habe bisher keinen Platz in der internationalen Jurisprudenz gehabt. — Das Journal of Commerce sagt, der Vertrag sei hart genug, um Deutschland vielleicht für Generationen zu verurteilen. — Ein der offiziellen Blätter der unparteilichen Liga von Nordamerika bezeichnet den Vertrag als schauerliche Verurteilung der Demokratie. Wilson lehre nicht als der größte Mann der Geschichte, sondern als dichterlicher Junge. Die liberalen Blätter vertreten die Anschauung, daß der Vertrag den Grund für fortgesetzten Streit in Europa lege, daß der Friede kein Element der Dauer in sich trüge und Wege öffne für ungeschwemmten Imperialismus in Asien und Afrika, daß er in schärfstem Widerspruch stehe zu den Idealen, die Wilson predigte, und daß es für Amerika ein Wahnsinn sei, sich an Völkerverwundnis der Völkerverwundnis zu beteiligen, die einen solchen Frieden bedeuten sollten. Wilsons Ruf sei schwer, möglicherweise dauernd beeinträchtigt.

Schieber.

Die Tatsache, daß die Budapest Regierung noch am Ruder ist, wird durch eine Meldung aus Krakó bestätigt, demzufolge sich dort unter dem Vorhitz des Grafen Julius Karolyi eine Gegenregierung gebildet hat.

Das Manifest der neuen Regierung bezeichnet als Hauptaufgabe, die durch den Völkerverwundnis angerichteten Schäden wieder gutzumachen und die Herrschaft, Ordnung und Recht wieder herzustellen. Das Kabinett bezeichnet sich selbst als ein Übergangskabinett, das nur so lange im Amte bleiben

wolle, bis eine aus Vertretern aller Landesparteien hervorgegangene Regierung gebildet sein werde. In dem Manifest wird schließlich betont, daß die Entente sowohl über die Bildung der neuen Regierung, wie auch über die vorbereitenden Arbeiten hierzu verständigt würde.

Der letzte Tag gibt zu denken. Er verleiht das Mißtrauen gegen die ungarischen gegenrevolutionären Bestrebungen und läßt deutlich erkennen, daß die Entente hier wie überall als Schieber auftritt. Den geeigneten Strohmännern scheint sie auch gefunden zu haben, wenn es nämlich gilt, daß Julius Karolyi in gleichem Maße politisch charakterlos ist wie sein Vetter Michael Karolyi, der mehrfache Verräter Ungarns.

Die neue Regierung, die ihren Sitz von Krakó nach Szegedin verlegen will, hat bereits eine großartige Propaganda mit Hilfe von Aufklärungsliegern entfaltet und kann auf die Zustimmung und Unterstützung aller Ordnungsparteien rechnen.

Wir vermögen nicht festzustellen, wieviel Prozent Unwahrscheinlichkeit und Lüge in dieser Phrase steckt. Nur soviel steht für uns fest: Daß in der Entente die raffiniertesten imperialistischen Schieber sitzen, die dieser Krieg aufzuweisen hat.

Die Budapester Sowjet-Regierung ist natürlich ebenfalls nicht untätig. In einem Vortrag verurteilte Bela Kun den Sozialismus Wilsons als Lüge und Trug, hat aller idealen Prophezei. (Wie bemerkten in diesem Zusammenhang auf den Zeitartikel.) Er stellt nochmals den Grundgedanken des bolschewistischen Programms auf, dessen Ziel eine Vereinigung aller Völker unter Aufhebung nationaler Grenzen sei. Das erste und wichtigste Mittel sei die Schaffung einer proletarischen Armee, die alle gegenrevolutionären Bewegungen zu unterdrücken habe.

Die Unruhen in Stettin.

Stettin, 16. Mai. Die Ursachen der Unruhen in Stettin liegen in einer gewissen Entfremdung der Arbeiterbevölkerung, daß die Lebensmittel sehr knapp und daß große Mengen von Nahrung im Stettiner Hafen ausgeladen und ins Ausland abtransportiert werden, wobei nach ihrer Ansicht die Stadt selbst zu kurz kommt. Das Aus- und Einladen großer Mengen von Kohle, die für die Produktion der großen Unzufriedenheit erweckt. Bei dieser Gelegenheit kam es dann von Seiten Madagaskar zu den ersten Plünderungen, die den Unruhen zu den ganzen Unruhen gegeben haben. Diese Plünderungen legten sich in einzelnen Fällen auch in der Stadt fort, und bei dieser Gelegenheit kam es dann zu Zusammenstößen mit Truppen. Obwohl beabsichtigt worden war, die Verbindung des Belagerungsstaates möglichst zu vermeiden, mußte er doch durchbrochen werden, nachdem gestern Abend das Gefängnis geöffnet und das Lager des Kommandos heute morgen geöffnet. Das Generalkommando gab bekannt, daß außerhalb der Stadt von auswärts herangezogen werden sollen. In Stettin selbst ist die Bildung einer Bürgerwehr in Angriff genommen, die den Schutz der Stadt übernehmen soll. Der Arbeiterrat hat sich durch große Mühe gegeben und die für die Unterhaltung der Stadt zurecht. Die organisierten Arbeiter können durchaus jede Gemeinschaft mit den Plünderern ab. Im wesentlichen war an den Ausschreitungen nur ein Teil beteiligt. Man hat nicht den Eindruck, als ob es sich um einen spontanen Aufbruch der Bevölkerung handelt. Auch heute morgen ist es verschiedentlich nach zu Zusammenstößen und Plünderungen gekommen. Bei den Zusammenstößen gestern nachmittags sammelte sich eine Menge von einigen 1000 Leuten an, doch viele waren davon nur Neugierige.

Stettin, 16. Mai. Ueber die Stadt ist der Belagerungsstand verhängt worden. Die Soldaten und meiste Gesellschaft, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, und die Banken sind geschlossen. Es ist eine Einwohnerversammlung gebildet worden, die bereits einen Plan hat. Ueber die Zahl der Opfer aus den gestrigen Kämpfen liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor.

Die Post meldet aus Stettin, daß die Stadt sich hauptsächlich unter der Herrschaft des Arbeiterrates befindet. Die öffentlichen Gebäude sind von der nur aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bestehenden Einwohnerversammlung besetzt. Die Kasernen sind von Freiwilligen und Grenzschutztruppen besetzt. Einwohnerversammlung und Militär arbeiten einmütig an der Aufrechterhaltung der Ordnung. Plünderungen haben nicht stattgefunden. Die Geschäfte sind heute wieder geöffnet. Die Arbeiter der Lebensmittelbetriebe im Hafengebiet streiken. Die gestern angekommenen ausländischen Truppen haben den ganzen äußeren Stadtbezirk umzingelt. Alle nach Stettin eingehenden Landstraßen sind vorläufig gesperrt.

Die Sozialisierung der Arzneiverforgung.

Uns wird geschrieben: In der Dresdner Volkszeitung vom 3. April d. J. wird ein Aufsatz „Die Sozialisierung der Arzneiverforgung“ veröffentlicht. Es ist bemerkenswert, daß die Forderungen der Eingabe, müssen den entsprechenden Widerstand jedes Sozialdemokraten, insbesondere der Antiklassen, herausfordern. Daher seien einige kurze Bemerkungen zu der Angelegenheit gestattet.

In letzter Zeit wird recht reichlich von Leuten, die ihre sozialistische Heberzeugung mit dem 9. November 1918 erbeten haben, über die Sozialisierung der Arzneiverforgung geredet. Viel Brauchbares enthalten diese Vorlesungen nicht. Die Sozialisierung der Arzneiverforgung ist gewiß notwendig, allerdings ist sie nicht gerade eine der

Vertical text on the left margin containing various advertisements and notices.